

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat in einem Erlass an den Reichskanzler der Bevölkerung für die ihm zum Geburtstage dargebrachten Huldigungen einen Dank ausgesprochen.

* Das Kaiserpaar hörte im großen Saal der Berliner Universität einen Vortrag des vor kurzem aus Ostafrika zurückgekehrten Professors Dr. Koch über die Schlafkranke in Deutsch-Ostafrika.

* Über die Entschädigungen für die Europäer, die bei den Vorfällen in Casablanca im August v. Berlute erschlagen, soll eine internationale Kommission in Tanger beraten. Die deutsche Regierung hat bereits die Einbußen des dortigen Reichsbangelsprungs in einem besonderen Verfahren abzuführen und den Betroffenen einen Vorbehalt auf die zu erwartende Entschädigungssumme auszahlen lassen. Zwischen den nachtbliebenden Männern ist nun ein Einvernehmen darüber herbeigeführt worden, in welcher Weise die deutschen Vorarbeiten bei der internationalen Regelung der Frage zu berücksichtigen sind.

* Nach einer Meldung aus London befinden sich gegenwärtig in einer ganzen Reihe deutscher Großstädte englische Kolonialoffiziere, die dort zwar in stiller Zurückgezogenheit, aber sehr energisch der Erteilung der deutschen Sprache obliegen. Sie erhalten zu diesem Zweck einen drei- bis viermonatigen Urlaub, und sobald sie wieder in den Dienst gerufen sind, tritt ein anderer an die Stelle. Es wird für diesen Urlaub auch eine besondere Vergütung bewilligt, die neben dem fälligen Gehalt bezahlt wird.

* Das preuß. Herrenhaus überwies nach einer längeren Rede des Kardinal-Fürstbischofs Dr. Kopp und des Reichstagsabgeordneten Dr. Bälows die Volendoktrine an eine Kommission von 25 Mitgliedern.

* Das von den verschiedenen Seiten so sehr gewünschte 25-Pfennigstück wird allem Anchein nach nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wie verlautet, wird die entsprechende Vorlage dem Bundesrat zugehen, auch wenn die endgültige Form der neuen Münzgattung noch nicht genau feststeht.

* Die Berliner Stadtvertretung versammelte sich über die Arbeitslosigkeit und forderte den Magistrat auf, Abhilfemaßregeln zu treffen.

Osterreich-Ungarn.

* In dem Ausschuss der Delegationen für die auswärtigen Angelegenheiten Österreich-Ungarns erklärte Ministerpräsident v. Krenichthal ausdrücklich, die Weltlage sei besonders in Europa so günstig wie seitens zuvor.

Frankreich.

* Der Minister des Außen, Pichon, ließ der japanischen Regierung die Bedenken der französischen Industriellen zuheben, welche bedauern, daß Frankreich keine Bestellung für japanische Marinearbeiten erhielt, während die nach England und Deutschland gegangenen Aufträge für 1908 zusammen 40 Millionen Franc ausmachen.

England.

* Der Versuch, im Anschluß an die diplomatischen Verhandlungen über die Ausreichhaltung des Nachverschaffungsauftrages an der Ostsee auch über die Nordsee eine gleichlautende Abmachung zu bringen, darf jetzt als gelungen betrachtet werden. Wie aus London berichtet wird, ist der englischen Regierung der Vorlauf des Vorblages derart, die Nordsee mitgeteilt worden. Der Vorblag der deutschen Regierung, der auf dem Prinzip der Ausreichhaltung des gegenwärtigen Nachverschaffungsauftrages beruhe, habe die volle Zustimmung der englischen Regierung gefunden.

Belgien.

* Der Senat nahm die beiden Brüsseler Budgetkonventionen vom August und September 1907 an.

Portugal.

* Eine in Lissabon verordnete halbamt-

liche Note sagt, eine kleine Minderheit wolle die Gesellschaftsordnung, das öffentliche und Privatleben angreifen. Die Regierung versuche über alle Mittel, um die Ruhe zu sichern. Eine zweite Note erklärt die Nachricht für unbedingt, daß die Regierung den Belagerungszustand zu verhängen beabsichtige, und daß König Karl es abgelehnt habe, irgend einen Erlass zu unterzeichnen. Ministerpräsident Franco habe augenblicklich die Mehrheit der öffentlichen Meinung für sich.

Ausland.

* In Petersburg ist daß Gerücht verbreitet, daß die Stellung des Premierministers Stolypin erschüttert sei. Es sei den reaktionären Elementen gelungen, den Baron von bedrohlichen freiherrlichen Bestrebungen Stolypins zu überzeugen. Als Nachfolger wird der Präsident des Reichsrats Alimow genannt. Hierzu meldet das Ostobmannorgan „Golos Moskwy“, daß in Parlaments- wie Regierungskreisen gut unterrichtet ist, ebenfalls den bevorstehenden Rücktritt Stolypins, der durch das Reichsratsmitglied Senator Trepow, einen Bruder des verstorbenen belasteten Generaladjutanten des Barons, ersetzt werden soll.

Valkaaten.

* In politischen Kreisen Serbiens hat die Rote des österreichisch-ungarischen Ministers Frider. v. Ahrenthal über das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einen guten Eindruck gemacht. Die Stelle aber die Reformen in Mazedonien wurde in den maßgebenden Kreisen mit besonderer Verachtung aufgenommen. Die serbische Regierung hat diesen Maßnahmen stets das größte Interesse entgegengebracht, weil sie von ihrem Grunde eine Besserung der Lage der serbischen Bevölkerung Altbosniens und Mazedoniens erwartet.

Amerika.

* Als die ersten Kostenanträge für den Bau des Panama-Kanals in Amerika gemacht wurden, galt die Summe von 135 Millionen Dollar als sehr hoch gegriffen. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß diese Summe auch nicht einkorrekt aufzurechnen war. Durchführung des gewollten Werkes, und jetzt rechnet man bereits mit einem Kostenaufwand von 500 Millionen.

Afrika.

* Der Präsident des persischen Parlaments ist in heftigen Streit mit einigen Parteiführern geraten. Er beschuldigte diese der Besitzlichkeit, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob. Zur Beilegung des Zwistes sind sofort außerordentliche Verhandlungen anberaumt worden. — Aus dem Nordwesten kommt die Nachricht, daß Prinz Ferman Ferzam auch die Umgebung von Samschuslagh geräumt hat, da die Türken ihm im andern Falle mit einem Angriff drohten.

Australien.

* Bei einem Festessen am Jahrestage der Gründung der Ariegeverein von Australien beschäftigte sich Mr. Deakin in der Festrede besonders mit der Frage der australischen Landschaftsgärten. Der Minister erklärte, daß Australien die schwere Frage zu lösen habe, die Küsten durch eine Flottille zu schützen, die als Ergänzung des englischen Geschwaders in australischen Gewässern dienen sollte. Diese Flottille solle statt durch Geld durch Gestaltung von Mannschaften unterstützt werden. Im Falle eines Krieges werde sie nicht automatisch unter Kontrolle der Admiralität kommen, sondern es würde klüger sein, sie zum Schutz der Küstenfischerei zu benutzen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Beratung des Marine-States fort. Es lag dazu eine Resolution der Budgetkommission vor, die die Regierung auffordert, die Arbeitsbedingungen auf den Staatswerken mit den Bestimmungen, die in etwaigen Tarifverträgen festgelegt sind, in Gang zu bringen, außerdem soll die Festlegung der Arbeitsbedingungen unter der Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorgenommen werden. Die Abge-

Abg. Leonhardt (fr. Bp.) und Stuwe (fr. Bgg.) äußern, obwohl sie dem Staatssekretär ihr volles Vertrauen besitzen, an seiner Verwaltung im einzelnen doch Kritik und Beschwerden eine Verfehlung zahlreicher Beamtenkategorien. Staatssekretär v. Tirpitz stellt sicher, daß ihm gewisse Ausführungen, die in der Öffentlichkeit verbreiteten werden, dahin richtig, daß er nur von einer quantitativen Überlegenheit der englischen Schiffsbau-Industrie gesprochen habe. Eine Antwort auf die Anträge auf die Unterseebootsleistung erläuterte er. Abg. Singer (Bog.) kritisierte das Verhalten der Kommission erfolgt später. Zum Schluß gab es noch beim Kapitel Schiffswerbung eine heitere Weisheit, die von Abg. Dahlem (Bentz) angezeigt wurde.

Am 31. v. wird die zweite Beratung des Marine-States fortgesetzt.

Beim Titel „Hofanlage für kleinere Fahrzeuge bei Helgoland“ fragt

Abg. Höhne (fr. Bp.) an, ob die Beschlüsse über die Abwehrstellungen Helgolands, die den vollständigen Untergang der Insel bedrohten, berechtigt seien.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, daß kein Grund zu solchen Verdächtigungen vorhanden sei. Die Untersuchung der Insel habe nichts Nachteiliges ergeben.

Beim Titel „Zum Bau festerlicher Mietwohnungen für Offiziere in Wilhelmshaven“ ersteigte die Kommission die Abänderung „Zum Bau festerlicher Mietwohnungen für zwei Geschwaderchef 100 000 Mt., also Absehung von 200 000 Mt.“

Abg. Semler (not. lib.) beantragt Wiederholung der Regierungsbefassung, da in Wilhelmshaven großer Mangel an größeren Wohnungen überhaupt besteht.

Staatssekretär v. Tirpitz befürwortet diesen Antrag.

Abg. Gräberger (Bentz) tritt ebenfalls für den Antrag Semler ein.

Die Regierungsbefassung wird wiederhergestellt und 200 000 Mt. genehmigt.

Der Rest des Staates wird ebenfalls bewilligt.

Zu der Resolution der Kommission betr. die Vergabe der Arbeits- und die Wiedereinführung der Arbeiterausschüsse bei der Feststellung der Arbeitsbedingungen, beantragt die Sozialdemokratie hinter „Arbeiterausschüsse“ einzufügen „und Arbeiterorganisationen.“

Abg. Grüber (Bentz) bestimmt die Resolution. Tarifverträge seien von höchstem Wert für Arbeitgeber wie auch für die Arbeitnehmer, wenn auch der Band der Industriellen eine Erfährtung der Industrie in ihnen erziele. Die bürgerliche Regierung habe die Ausstellung der Tarifverträge als die vornehmste Aufgabe der Gewerbebeamten bezeichnet.

Abg. Fr. d. Reichsosen-Damendorf (cons.) erkennt den Wert der Tarifverträge an; in diesem Sinne eine Entwicklung zu über, sei aber nicht ausgabe der Reichsverwaltung, deshalb stimme er dieser Resolution gegen die Resolution. Den Wirtschaftsbetrieben, die Musterbetriebe sein sollten, müsse freie Bewegung eingeräumt werden.

Abg. Bachnida (fr. Bgg.) erklärt die Zustimmung der liberalen Parteien zu der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution. Die Tarifverträge seien die Arbeitsverträge der Zukunft. Für die Arbeitbewegung sei die Identifizierung der Gewerbebeamten mit der Partei der radikalsten Linien das größte Hindernis.

Abg. Behrens (wirt. Bgg.) verzerrt den sozialdemokratischen Antrag zu der Resolution, beiden werde seine Partei zustimmen. Die praktische Handhabung der Tarifverträge machen ohne weiteres die Hinzugabe der Arbeitserorganisationen nötig.

Abg. Bedebour (Bog.) bezeichnet diese letzte Erklärung als für ihn erstaunlich, sie zeige, daß sie das Ergebnis einer objektiven Betrachtung sei. Auch die Hirsch-Denderschen Gewerkschaften treiben Politik, so hätten sie für die preußische Wahlkreisreform Stellung genommen. Die Haltung der Gewerkschaften sei ein Spiegel des Gesichts für alle gewerkschaftlichen Organisationen.

Abg. Bachnida (fr. Bgg.): Die Ausschüsse in den Wirtschaftsbetrieben sind die Vertretungen der Organisationen dieser Arbeiter.

Abg. Mugdan (fr. Bp.): Ich habe stets die Sozialdemokratie angegriffen, weil ich sie für den größten Feind der Arbeiter halte. Weisen Sie mir auch nur einen Punkt nach, wo ich arbeiterfeindlich gewesen sei. Wenn Sie Ihren Antrag aufrecht erhalten, dann müssen Sie schon sagen „aller Arbeiterorganisationen“.

* Der Stellmacher im Schneidergewerbe-Prüfungsausschuß. Ein Stellmacher als Gehilfenbesitzer im Beihilfungsprüfungsausschuß ist das Schneidergewerbe dafür dass Originellste sein, was das neue Handwerksgesetz hergebracht hat. In Berlin bei Bonn erhält ein Stellmacher eine Ansprache, in der er darauf hinweist, man müsse eingedenkt sein, daß man es mit Jugendlichen zu tun habe, bei deren Aburteilung besondere Gesichtspunkte maßgebend sein müssten.

* Der Stellmacher im Schneidergewerbe-Prüfungsausschuß. Ein Stellmacher als Gehilfenbesitzer im Beihilfungsprüfungsausschuß ist das Schneidergewerbe dafür dass Originellste sein, was das neue Handwerksgesetz hergebracht hat. In Berlin bei Bonn erhält ein Stellmacher eine Ansprache, in der er darauf hinweist, man müsse eingedenkt sein, daß er auf drei Jahre zu dem erwarteten Amt bestimmt werde mit dem Wechsel, sich bei einem Schneidermeister in Brühl die notwendigen Informationen zu holen.

* Dreimal Zwillinge und jetzt Vierlinge. Zwillinge geboren wurden dieser Tage den Cheleuten Wilhelm Wilhelms in Düsseldorf bei Mülheim a. Nahr. Davon sind bereits zwei gestorben und zwar ein Knabe und ein Mädchen, die andern beiden befinden sich wohl. Das Ehepaar, das gegenwärtig zehn Kinder besitzt, ist schon früher dreimal mit Zwillingen bedacht worden. Der Ehemann steht bei der Firma Krupp in Essen in Arbeit.

* Soni?“ entgegnete ihm Leska seit, und mit funkelnden Augen sah sie zu dem aufs höchste erregten Mann empor.

„Son!“ wiederholte aber auch Brandhorst und hob drohend die Schußwaffe hoch. „Man hat schon einmal hier ein Bedrohpfer tot ausgefundene, du wärest nicht das erste!“

Leska wich schaum zurück, ein namenloses Entlein sah sie. Sterben sollte sie hier in düsterer Nacht, aus der Welt scheiden als eine Schuldige, Verdammt, wo sie doch nichts getan, was man ihr als eine Todsünde anrechnen konnte. Das empfiehlt sie tief.

„Ich war ja nicht an der Glasquelle und nicht bei ihm!“ erklärte sie. „Jetzt aber muß ich zu ihm, seine Macht der Welt soll mich zurückhalten, um einen Unschuldigen, wenn es in meiner Macht steht, vom Tode zu retten.“

„Wo warst du? Wie kommst du hierher?“ fragte er düster.

„Von Benzheim komme ich herunter, der Wagen sollte dich dort abholen, ich bin mitgefahren, ein dunkles, banges Ahnen trieb mich dazu. Ich wollte dich und ihn vor Unheil beschützen, aber leider kam ich zu spät!“

In Brandhorsts wahnwitzigem Kopfe schien es zu dämmern, seitdem sah er die Worbwaffe sinken und starre Leska entzwey und zugleich tief traurig an.

„O, hörst du es nicht, daß Söhnen deines Opfers? Ich, ich muß zu ihm; es ist sein Augenblick zu verlieren!“ rief Leska und eilte davon.

Mit ihren Blicken schaute der Mann der dunklen Gestalt nach, er sah sie dann an die

Abg. Bedebour (Bog.): Die Sozialdemokratie will seinen parteipolitischen Unterschied durch ihren Antrag schaffen. Wenn der Abg. Mugdan bestreitet hat, ein Arbeitseind zu sein, so sei nur auf seinen Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen hinzuweisen.

Abg. Behrens (wirt. Bgg.): rechtfertigt seinen Standpunkt. Würden nur die Arbeitervorschüsse gebildet, so könnte nur die Vertretung einer großen Organisation zum Wort, bei Hinzuordnung der Organisationen dagegen kommt auch eine kleinere Organisation zur Geltung, und das sei für die Kämpfer der sozialistischen und sozialen Gewerkschaften ein eindrücklicher Unterschied.

Abg. Mugdan (fr. Bp.): Der Vergleich mit den Krankenkassen, der vom Abg. Bedebour angezogen wurde, war recht unvorteilhaft von ihm. Orale nicht darauf! Die Streitigkeiten mit der Arbeitervorschüsse sind darauf zurückzuführen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften es ablehnen, mit den Arbeitern zu verbünden.

Einem Antrag Graf Hompesch (Bir.) gewährt wird über die Resolution zu Beginn der Samstag-Sitzung namentlich abgestimmt werden.

Nach Erledigung einiger Petitionen ist die zweite Sitzung des Marinestaats bis auf die Resolution abgezögert.

Es folgt der Titel der Reichseisenbahnen-Sitzung.

Abg. Stolle (Bog.) verlangt Abstellung der mangelhaften Einrichtungen auf den Bahnhöfen, durch die die diesjährigen Entgleisungen und sonstigen Unfälle verursacht würden. Insbesondere seien in Mitteldeutschland die Bahnhofsankünfte und die Betriebsabläufe sehr mangelhaft, da müsse die Reichseisenbahnenverwaltung einschreiten. Redner kommen sowohl auf Arbeitervorschüsse und auf den immer noch bestehenden Wagenmangel auf den hessisch-preußischen Eisenbahnen zu sprechen.

Abg. Burchardt (wirt. Bgg.) trägt Wünsche der Eisenbahner der Pfälzischen Betriebsbeamten um Aufbesserung vor.

Präsident der Reichseisenbahnen Schulz weiß darauf hin, daß unter Betriebsordnung als Richter von vielen ausländischen Regierungen angesieht werden. Unrichtig sei es, daß die Eisenbahnmäßte in Südwürttemberg aufgenommen hätten. Der Wagenmangel vom letzten Herbst sei auf die erstezeitliche Zunahme des Verkehrs zurückzuführen. Die Unfälle führen mehr zu Beginn der Dienstzeit der Beamten, als zu ihrem Ende vor.

Abg. Storz (Bd. Bp.) kritisiert die Unzulänglichkeit der Verbindung Berlin-St. Gotthard, durch die dieser internationale Schnellzug eine ungedeckte Verlängerung oder Verkürzung erleide. Die Fahrzeitsteuer sei ein Fehlschlag erster Güte. Redner bemängelt absonderlich die verschämte Gestaltung der Gütertarife und die Einrichtung der Heizungswarm-Versorgung.

Nach einer Enthaltung des Präsidenten der Reichseisenbahnen Schulz wird die Fortsetzung der Debatte vertagt.

Von Nah und fern.

Zur ersten Sitzung des Jugendgerichtshofes in Frankfurt a. M. hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, darunter auch mehrere Schulleiter und Geistliche. Vor Eintreten in die Verhandlung hielte Oberlandesgerichtspräsident Hagens eine Ansprache, in der er darauf hinweist, man müsse eingedenkt sein, daß man es mit Jugendlichen zu tun habe, bei deren Aburteilung besondere Gesichtspunkte maßgebend sein müssten.

* Der Stellmacher im Schneidergewerbe-Prüfungsausschuß. Ein Stellmacher als Gehilfenbesitzer im Beihilfungsprüfungsausschuß ist das Schneidergewerbe dafür dass Originellste sein, was das neue Handwerksgesetz hergebracht hat. In Berlin bei Bonn erhält ein Stellmacher eine Ansprache, in der er auf drei Jahre zu dem erwarteten Amt bestimmt werde mit dem Wechsel, sich bei einem Schneidermeister in Brühl die notwendigen Informationen zu holen.

* Dreimal Zwillinge und jetzt Vierlinge. Zwillinge geboren wurden dieser Tage den Cheleuten Wilhelm Wilhelms in Düsseldorf bei Mülheim a. Nahr. Davon sind bereits zwei gestorben und zwar ein Knabe und ein Mädchen, die andern beiden befinden sich wohl. Das Ehepaar, das gegenwärtig zehn Kinder besitzt, ist schon früher dreimal mit Zwillingen bedacht worden. Der Ehemann steht bei der Firma Krupp in Essen in Arbeit.

* Son!“ entgegnete ihm Leska seit, und mit funkelnden Augen sah sie zu dem aufs höchste erregten Mann empor.

„Son!“ wiederholte aber auch Brandhorst und hob drohend die Schußwaffe hoch. „Man hat schon einmal hier ein Bedrohpfer tot ausgefundene, du wärest nicht das erste!“

Leska wich schaum zurück, ein namenloses Entlein sah sie. Sterben sollte sie